

Wer AfD wählt ...

... wählt Politik für Reiche und die Verstärkung der sozialen Spaltung unserer Gesellschaft. Die AfD ist keine „Kleine-Leute-Partei“!

"Die AfD fordert die Abschaffung der Erbschaftssteuer" (Bundeswahlprogramm 2021 S. 36) Damit werden die Reichen am stärksten entlastet. Sie verfestigt somit die Umverteilung von unten nach oben und setzt die soziale Spaltung in unserer Gesellschaft fort. Trotz sozialer Rhetorik hält die AfD an der neoliberalen Praxis fest. Sie ist keine Partei für die „kleinen Leute“. Viele wichtige soziale Verbesserungen wie Heraufsetzung des Mindestlohns, soziale Absicherung von Selbständigen mit prekären Einkommen und Verschärfungen von Arbeitsschutzgesetzen lehnte die Fraktion der AfD im Bundestag ab. Zwangsarbeit bei Langzeitarbeitslosen ist ebenfalls eine zentrale Forderung der AfD. Vor allem spielt sie Armutgruppen gegeneinander aus und macht die soziale Frage an Ethnien und Migrant*innen fest. Die Vorsitzende und künftige Kanzlerkandidatin der AfD Alice Weidel war Analystin bei der Skandalbank „Goldman Sachs“.

... wählt Aufrüstung zur Hochrüstung, die letztlich immer zum Krieg führt. Die AfD ist keine „Friedenspartei“!

Im Deutschen Bundestag wurden die teuren Großprojekte der Bundeswehr, die uns Steuerzahler*innen Milliarden kosten, in der Regel von der AfD mitgetragen. Das Geld fehlt uns in den Kommunen und bei der Armutsbekämpfung. *"Wenn Sie aber den Wiederaufbau unserer Streitkräfte ernsthaft wollen, braucht die Bundeswehr deutlich mehr Geld und das über einen längeren Zeitraum. Es erfordert künftig einen stetigen und berechenbaren Aufwuchs des Verteidigungsetats."* (Gerald Otten, AfD-Abgeordneter am 6.6.22 auf youtube) *"100 Milliarden Euro (gemeint ist das sogenannte Sondervermögen) sind zu wenig"*. (Gerald Otten im Deutschen Bundestag am 10.6.22)

... wählt die Missachtung der Tatsache, dass ohne Migrant*innen nicht nur unser Gesundheitswesen zusammenbrechen würde.

Spätestens seit der Veröffentlichung der sogenannten Remigrationspläne ist klar, wohin die AfD tendiert: 25 Millionen Mitbürger*innen mit Migrationshintergrund sollen langfristig Deutschland verlassen, entweder mit Zwang oder "freiwillig". Maßgeschneiderte Gesetze sollen ihnen die Lebensbedingungen in Deutschland allmählich beschneiden. Dazu passt der Entschließungsantrag im Brandenburger Landtag, wo es unter Punkt 2 heißt: *"Die Landesregierung wird aufgefordert, ein Betretungsverbot öffentlicher Veranstaltungen für Asylantragsteller, Asylberechtigte, ukrainische Kriegsflüchtlinge sowie vollziehbar ausreisepflichtige, geduldete und subsidiär schutzberechtigte Ausländer zu erlassen."* Dabei übersieht sie, dass mittlerweile nur noch Migrant*innen unsere Dienstleistungsversorgungssysteme wie unser Gesundheitswesen, aber auch andere Branchen aufrechterhalten, die sonst zusammenbrechen würden. Die Migrant*innen haben unsere Rentenkassen stabilisiert.

... wählt die Leugnung des Klimawandels mit seinen Folgen.

Die Verantwortung der Menschen für den die Menschheit bedrohenden Klimawandel mit seinen tödlichen Folgen wie z.B. die Katastrophe im Ahrtal wird einfach negiert. In der Wissenschaft ist mittlerweile völlig unumstritten, dass die aktuelle Erderwärmung menschengemacht ist und dringend begrenzt werden muss, um eine globale Katastrophe ungleichen Ausmaßes zu verhindern. *"Die Behauptung einer Bedrohung durch menschengemachten Klimawandel basiert nicht auf wissenschaftlichen Erkenntnissen.... Die jetzigen klimatischen Veränderungen ordnen sich vollkommen normal - auch in ihrer Geschwindigkeit - in diesen Wechsel ein.... Wir fordern die Abschaffung aller Klimaschutzgesetze auf nationaler und europäischer Ebene."* (aus dem Europawahlprogramm der AfD S. 39, 40 und 42)

... wählt rückwärtsgewandte, autoritäre und demokratiefeindliche Politik.

Wer demokratisch gewählt wird, muß nicht demokratisch gesinnt sein. Demokratiefeindlichkeit bedeutet Propaganda gegen Grundpfeiler der Demokratie, wie Menschenrechte, Gleichheit, Volkssouveränität, Gewaltenteilung und unterschiedslose Freiheit für alle Menschen. Die täglich verlautbarten hetzerischen und rassistischen Äußerungen mit politisch-ideologischen Feindbildern gegenüber Migrant*innen, sexuellen Minderheiten, psychisch Kranken und ökonomisch Schwachen verstoßen vielfach gegen die grundgesetzlich geschützte Menschenwürde und widersprechen der freiheitlich demokratischen Grundordnung, die das Grundgesetz vorsieht. Rassistische Hetze wird zwar mittlerweile von der AfD verbal weichgespült, aber inhaltlich knallhart vertreten: *"Unser Rechtsstaat, unsere Art zu leben und unsere Werte sind ernsthaft in Gefahr und es ist allerhöchste Zeit, die Dinge jenseits politisch korrekter Sprach- und Denkverbote beim Namen zu nennen: Das realitätsfremde Experiment eines ideologiegetriebenen Multikulturalismus ist gescheitert."* (Alice Weidel am 7.1.23 in der „Jungen Freiheit“). Viele Repräsentant*innen der AfD, aber auch ganze Landesverbände werden vom Verfassungsschutz als verfassungsfeindlich eingeschätzt. *"Die bloße Präsenz von Muslimen ist eine große Gefahr für unseren Staat, unsere Gesellschaft und unsere Werteordnung."* (Bundestagswahlprogramm der AfD von 2017)

... wählt die Steigbügelhalter für rechtsradikale und faschistische Kräfte in unserer Gesellschaft.

Die AfD hat sich seit ihrer Gründung 2013 von einer euroskeptischen Partei zu einer rechtsradikal unterwanderten Partei gewandelt. Die Äußerungen von führenden Repräsentant*innen wie Höcke, Weidel, Kraus verraten völkisches Denken, die rechtsextremen Netzwerke um Martin Sellner (Identitäre Bewegung), Kubitschek (größter rechter Verlag im deutschen Raum), rechte Burschenschaften oder die rechtsextreme Junge Alternative beeinflussen zunehmend die Wahlprogramme und die reale Politik in den Landesparlamenten und im Deutschen Bundestag. Sie treiben die Altparteien und die sie tragenden Gesellschaftsgruppen in eine zunehmend menschenfeindliche Politik. Tabus werden geschleift, Gewalt gegen Asylbewerber*innen, Migrant*innen und auch sexuellen und soziale Minderheiten wird als verständlich verteidigt, Geflüchtete werden zur wichtigsten Bedrohung und Feinden erklärt, die man mit allen Mitteln abwehren müsse. Auch wenn die AfD bisher kein Regierungsamt bekleidet, bestimmt sie in Teilen heute schon das politische Handeln.

... wählt ein Menschenbild, das Kranke, Bedürftige und Minderheiten zu Menschen zweiter Klasse erklärt.

Migration wird zu einer *"Krankheit"* (Höcke) erklärt, psychisch Kranke zu einer *"Gefahr für unsere Sozialsysteme"* (Kleine Bundestagsanfrage der AfD vom 7.8.2019), Langzeitarbeitslose sollen *„zur Zwangsarbeit herangezogen werden“* (Wahlprogramm 2021), der Islam wird zur *"fremden Religion"* erklärt (Aufruf der AfD zum Protest gegen eine Moschee in Erfurt) und queere Menschen mit Pädophilen gleichgesetzt (Rede des Landtagsabgeordneten in MV Horst Förster am 26.9.24). Die AfD lehnt ein Antidiskriminierungsgesetz ab (AfD Bundeswahlprogramm 2021 S. 23). *"Die ideologisch motivierte Inklusion um jeden Preis verursacht erhebliche Kosten und hemmt behinderte wie nicht behinderte Schüler in ihrem Lernerfolg."* (AfD-Grundsatzprogramm S. 54)

Die AfD ist keine „Alternative für Deutschland“, sondern alter brauner "Mist" in modernem Kommunikationsgewand.